



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/ZIV/69 - 24. März 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81884 - 33
Fernschreiber 0686890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Informationsreise nach Belgrad Vor Prinz Erier, MdB	58
3 - 4	Verzicht ist keinem Deutschen erlaubt! Deutschland-Plan der SPD - eine zwingende Notwendigkeit Von Prof. Dr. Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages	80
5 - 6	Protestdemonstrationen in Cslo Wo bleibt die Wiedergutmachung?	63
7	Aufbruch auf dem "Dach der Welt" Indische Befürchtungen	33
8	Taktlos FDR als Zensurbehörde	43

* * *
* *

Informationsreise nach Belgrad

Von Fritz Erler, MdB

Die Sozialdemokratische Partei hat schon vor Monaten beschlossen, überall dort Informationen einzuholen und selbst zu informieren, wo es für die Entwicklung der Deutschland-Politik wichtig scheint, und wo der Eindruck besteht, daß die Ziele der Opposition nicht hinreichend bekannt sind. Deshalb war ich kürzlich in den Vereinigten Staaten, hat Erich Ollenhauer mit Chruschtschow gesprochen, und aus diesem Grunde haben vor zehn Tagen mein Freund Prof. Carlo Schmid und ich in Moskau Informationsgespräche geführt.

Jetzt geht die Reise nach Belgrad. Meine Freunde Ernst Paul, Kurt Mattick, Ludwig Metzger und ich werden in Belgrad Gelegenheit haben, mit Männern der jugoslawischen Staatsführung alle jene Fragen zu besprechen, die das Schicksal Deutschlands unmittelbar berühren. Wir werden uns informieren, und wir werden unseren Gesprächspartnern sagen, welche Wege die Sozialdemokratie zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und zur Bewahrung der Freiheit Berlins für gangbar hält.

Jugoslawien ist für uns besonders deswegen interessant und wichtig, weil wir dort mit Politikern zusammentreffen werden, die eine große Praxis in der Auseinandersetzung mit der Sowjetmacht haben. Es wird sich also darum handeln, in Gesprächen mit diesen Politikern Erfahrungen kennenzulernen, die sicher eine wertvolle Bereicherung unseres Wissens um die Ziele, Methoden und die Einschätzung der sowjetischen Außenpolitik sein dürften.

Der jugoslawische Staatschef Tito hat jüngst zahlreiche Länder besucht, die weder dem östlichen noch dem westlichen Militärblock angehören. Jugoslawien selbst praktiziert seit Jahren eine militärblockfreie Außenpolitik. Es dürfte daher einleuchten, wenn wir annehmen, daß die Erfahrungen, die Tito für sein Land und im Kontakt mit anderen militärblockfreien Staaten sammeln konnte, für uns von größter Bedeutung sind.

Mit diesen wenigen Hinweisen auf die Besonderheiten der jugoslawischen Situation sind eigentlich schon die Gesprächsthemen umrissen, die uns in Belgrad erwartet werden. Selbstverständlich werden bei unseren Unterhaltungen auch die speziellen deutsch-jugoslawischen Beziehungen eine Rolle spielen und sicher auch die Frage, was zu geschehen hätte, um das Verhältnis zwischen Bonn und Belgrad wieder zu normalisieren. Wir sind jedoch keine Regierungsdelegation, können also nur die Sorgen unseres Volkes vortragen und den Standpunkt der Opposition darlegen. Aber sicher wird es auch interessant sein, gewissermaßen aus erster Hand, Argumente zu hören, die bisher vielleicht noch nicht über den offiziellen Weg nach Bonn gelangt sind ...

Jugoslawien hat durch den Hitler-Krieg Schreckliches erduldet. Trotzdem hat dieses Land als erstes im osteuropäischen Raum den Begriff der "Kollektivschuld der Deutschen" aus seinen politischen Überlegungen verdammt. Wir kennen die ungeheuren Anstrengungen des jugoslawischen Volkes zur Bewahrung seiner Unabhängigkeit und zur Überwindung der seelischen und materiellen Wunden, die ihm der Hitler-Krieg geschlagen hat.

Die innere Ordnung Jugoslawiens ist seine Sache. Wir Deutsche kämpfen darum, daß wir unsere eigenen Angelegenheiten in einem wiedervereinigten Deutschland ohne fremde Einmischung regeln können. Deshalb haben wir Verständnis für den gleichen Wunsch anderer Völker.

Mit den Politikern dieses in Leid und im Kampf um seine Unabhängigkeit so schwer geprüften Volkes nunmehr in einen direkten Erfahrungsaustausch zu treten, ist sicher ein Gewinn für beide Seiten.

+ + +

Verzicht ist keinem Deutschen erlaubt!

Deutschlandplan der SPD - eine zwingende Notwendigkeit

Von Prof. Dr. Carlo Schmid, Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Als ich in der vergangenen Woche mit meinem Freund Fritz Erler aus Moskau zurückgekehrt war und wir unsere ersten Eindrücke von den Informationsgesprächen mit Ministerpräsident Chruschtschow und anderen massgebenden Persönlichkeiten des politischen Lebens in der Sowjetunion geschildert hatten, ist sofort die Frage an uns gerichtet worden, ob wir es nach dem Ergebnis dieser Gespräche für sinnvoll hielten, den "Deutschland-Plan der SPD" zu veröffentlichen. Die Fragenden wollten wohl damit sagen, Chruschtschows Meinungsäußerungen über die Lösungsmöglichkeiten des Deutschland-Problems liessen nur noch eine schmale Verhandlungsbasis erkennen.

Nun, wir hatten schon vor unserer Abreise nach Moskau keine Illusionen über die sowjetische Haltung. Nach unserer Rückkehr sind wir in der Meinung bestärkt, dass unser Volk vor einer furchtbaren Gefahr steht. Wenn sich die vier Grossmächte nicht über Berlin verständigen, droht die Katastrophe. Wenn sie sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden.

Mit dieser Feststellung ist die Frage nach der Berechtigung des Deutschland-Plans der SPD bereits beantwortet.

Die Zeit drängt.

Der weitere Verzicht auf das entschlossene Bemühen, die deutsche Frage und das mit ihr untrennbar verbundene Sicherheitsproblem in Europa friedlich zu lösen, wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Anwendung der Vernunft.

Wir haben seit vielen, vielen Jahren, seitdem man in die Verhandlungen über die Pariser Verträge eingetreten ist, die uns zur NATO geführt haben, gewarnt. Wir haben darauf hingewiesen, dass die Sowjetregierung immer wieder gesagt hat: Wenn ihr in die NATO geht, dann reden wir über die Wiedervereinigung nicht mehr. Wir haben das ernst genommen, wir haben gewarnt; man hat es uns nicht geglaubt.

Man hat diesen Schritt in die NATO getan, und vieles von dem, was in der Zwischenzeit geschehen ist, ist vielleicht darauf zurückzuführen. In der Zwischenzeit haben sich die Machtverhältnisse verschoben. Und wenn ich sage, die Machtverhältnisse hätten sich verschoben, so meine ich nicht nur in Deutschland, sondern ringsum in der Welt. Aber das hat auf Deutschland eingewirkt, einschliesslich der Ereignisse in Nordafrika, im Mittleren Orient und im Fernen Orient. Dann

die Weltpolitik vollzieht sich heute in einem System kommunizierender Röhren und nicht isoliert an einzelnen Orten der Erdoberfläche.

Wenn ich jetzt die sowjetischen Noten von 1952, 1954 und 1955 lese, dann sage ich mir: Mein Gott, wieviel einfacher wäre es gewesen, auf der Grundlage dieser Noten zu verhandeln!

Aber zum Verhandeln genügt es nicht, dass man sagt: Was ihr da vorschlagt, gefällt uns nicht. Es genügt auch nicht, dass man mit Allgemeinheiten antwortet. Da muss man konkrete Gegenvorschläge machen, die ausgehen von den gegebenen Machtverhältnissen und von den Interessen, wie sie nun einmal sind, nicht wie man sie haben möchte. Man kann nämlich nicht jemandem ausreden, seine Vorstellungen und seine Interessen seien verkehrt. Leider ist er allein Richter darüber, ob er sie annimmt oder ob er sie nicht annehmen will. Gelegentlich hat man aber auf die alte Geschichte von den Sibyllinischen Büchern hingewiesen. Auch das ist ungehört verhallt.

Nun stehen wir dort, wo wir sind. Aber damit bleibt die Politik nicht stehen. Wir müssen neue Initiativen ergreifen. Und ich meine, dass es das Entscheidende ist, dass wir eine Politik einleiten sollten, die in erster Linie darauf ausgeht, die Russen zu veranlassen, aus Deutschland hinauszugehen, also die Politik des Disengagements und des Rapacki-Planes. Das ist für sich schon ein Wert. Denn wenn einmal die Russen nicht mehr in Mitteldeutschland sein sollten, dann wird es möglich sein, dass die beiden Hälften Deutschlands in einen Wettbewerb miteinander treten, dass sie sich aneinander ergreifen. Und ich glaube, dass wir es nicht fürchten sollten, uns aneinander zu ergreifen. Das ist die einzige Methode jedenfalls um die Dinge in der Zone in Bewegung zu bringen. Wir wissen doch, dass unsere Art zu leben besser ist als die dort. Wir wissen, dass das System Ulbricht den Wettbewerb auf die Dauer nicht aushalten kann, wenn die Russen einmal weg sein sollten.

Ich gehe sogar so weit, zu sagen: Je näher die beiden staatlichen Organisationen auf deutschem Boden aneinanderrücken, je mehr jeder von beiden unter dem Druck des Wettbewerbs des anderen steht, desto mehr wird sich der monolithische Charakter - und der ist ja nur scheinbar so monolithisch - der DDR lockern.

Es ist dann möglich, dass die Bevölkerung dort in Bewegung kommt. Das ist eine Chance. Es ist die einzige Chance, etwas an den Dingen zu ändern, die wir nicht weiter ertragen können.

Wer die bisherige Politik fortsetzt, die uns dorthin gebracht hat, wo wir heute stehen, der verzichtet dann auf die letzte Chance für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Dieser Verzicht ist keinem Deutschen erlaubt!

Protestdemonstrationen in Oslo

Aus Oslo wird uns geschrieben

In den skandinavischen Ländern mit ihrem stetiger und ausgeglichenen politischen Leben gibt es nur wenige Anlässe, die breite Teile der Öffentlichkeit dazu bewegen können, ihre Forderungen mittels einer Protestdemonstration durchzusetzen. Seit "Ungarn 1956" hat es in der norwegischen Hauptstadt keine Demonstrationen mehr gegeben. Um so mehr Aufseher erregte es in der nordischen Öffentlichkeit, als in der vergangenen Woche 2 000 Menschen protestierend durch die Innenstadt zogen und sich vor dem Parlamentsgebäude, dem Storting, zusammenzurotten.

Es handelte sich hierbei um eine spontane Aktion der norwegischen Gewerkschaften, des sozialistischen Studentenbundes "Studentersamfundet", der norwegischen Frauenvereine, die ein ungewöhnlich breites Echo bei der Öffentlichkeit fand. Die Forderungen der Demonstranten dokumentieren sich in einer Resolution, die der sozialdemokratischen Regierung Gerhardsen zugeleitet wurde.

Die Hauptforderungen bestanden in zwei Punkten:

- 1.) Abbruch der Bonn-Osloer Militärgespräche, die dem Zweck dienen, auf norwegischem Territorium Materialdepots für die Bundeswehr zu errichten.
- 2.) Die Regierung Norwegens soll der Beschluss rückgängig machen, wonach in der Nato-Stab bei Kalsos/Oslo zwei deutsche Bundeswehroffiziere aufgenommen werden sollen.

Sprechchöre und Transparente lauteten: "Keine deutschen Soldaten nach Norwegen" - "Norwegen hat noch nicht vergessen". Bereits zu einem früheren Zeitpunkt war es zu Ausschreitungen gekommen. Offiziere der Bundeswehr wurden von den Studenten der Osloer Universität mit Steinwürfen empfangen. Aus gleichem Grund musste der geplante Flottenbesuch in Dänemark und Norwegen abgesagt werden.

Die neueste Protestaktion in Oslo nahm zweifellos Dänemark als Beispiel. Hier hatte die Kopenhagener Regierung unter dem Druck der Bevölkerung die Errichtung von Militärbasen auf Jütland absagen müssen. Es handelte sich in Oslo weder um den Unmut der ewig "Unverbesser-

lichen", noch um Deutschfeindlichkeit; auch die beliebte Bonner Diktion, es handelt sich bei derartigen Vorkommnissen um kommunistische Störaktionen zieht hier nicht. Es handelt sich ganz einfach um eine Quittung für die vollkommen verfehlte Bonner Politik im Bereich der skandinavischen Länder.

Obwohl sich die norwegische Regierung seit Jahren um einen wirklich guten Kontakt nach Westdeutschland bemüht, beschränken sich die Bonner Bemühungen nahezu nur auf den militärischen Sektor. Im Hintergrund dieser Protestaktion, das wurde überdeutlich, stand die Unzufriedenheit vieler Norweger, die während der deutschen Okkupationsjahre in den Konzentrationslagern saßen. Diese Menschen, an ihrer Spitze der norwegische Regierungschef Gerhardsen und sein Außenminister Halvard Lange, haben bisher in der wichtigen Wiedergutmachungsfrage noch nichts als einhaltende Versprechungen gehört.

Der Schaden, der durch die Bonner Haltung verursacht wird, ist kaum abzuschätzen. In ungezählten Gesprächen in Dänemark und Norwegen konnte man immer wieder erfahren, wie viel es tatsächlich noch wiedergutzumachen gilt. Nicht nur mit Geld, aber auch und in erster Linie mit einer entsprechenden materiellen Leistung der Bundesrepublik. In den nordischen Ländern wurde der ironische Ausspruch eines Diplomaten bekannt, der die Zahlungswilligkeit der Bonner Regierung, so es sich um militärische Dinge handelt, geißelt. Jetzt wo Skandinavien die ersten wirtschaftlichen Rückschläge als unmittelbare Folge des Europamarktes zu spüren bekommt, ist es nun wirklich an der Zeit, auf diese unerlässlichen Fragen einzugehen. Die bisherige Geste aus Bonn - 100 Millionen norwegische Kronen - in Form eines Angebots, hat nur noch weiter böses Blut gemacht. Diese Summe steht in keinem Verhältnis zu den Forderungen der Norweger.

Man ist in der Bundesrepublik wirklich schlecht beraten, wenn man nicht alles tut, um das immer noch als drückend empfundene Erbe der Vergangenheit abzutragen. Es ist an der Zeit!

Aufbruch auf dem "Dach der Welt"

ED - Der Ausbruch von Straßenkämpfen zwischen Tibetanern und chinesischen Besatzungstruppen in der Stadt des Dalai Lama, in Lhasa, hat jenes unwirtliche und immer noch für den Westler von Geheimnissen umwitterte Bergland unversehens in das Rampenlicht des Weltinteresses gerückt. Zwar wird schon seit Jahren ein erbitterter Kleinkrieg zwischen dem tibetischen Stamm der Khampas und chinesischen Streitkräften geführt, der jedoch bislang weniger unter politischen Vorzeichen stand. Erst als Peking darauf drängte, der Dalai Lama solle endlich eine Art geistliches Verdammungsurteil über den rebellierenden Stamm sprechen, wurde die Person des sehr intelligenten und jungen lamaistischen Priesterfürsten in die Verwicklungen hineingezogen, was zu den bekannten Vorgängen in der Hauptstadt Tibets führte.

Zur Stunde ist es unbekannt, welche Interessen hier in einem dunklen Spiel hinter den Kulissen ausgespielt wurden. Eines aber dürfte sicher sein: Indien ist alles andere als entzückt über die Ereignisse in Tibet. Und dies nicht zu Unrecht. Denn auch Neu-Delhi hat ein starkes Interesse, daß die Verhältnisse in Tibet sich nicht zu einem Gefahrenherd für die Beziehungen zwischen Indien und China auswachsen, was unvermeidlich wäre, sollte Peking zu einer Politik des *tabula rasa* in Tibet greifen. Die begreifliche Sorge Indiens, Tibet könne aufgrund der letzten Ereignisse den zur Zeit noch vorhandenen Status eines "Pufferstaates" zwischen den beiden Großstaaten verlieren und somit China in eine direkte Grenzberührung mit der indischen Republik bringen, liegt auf der gleichen Ebene wie die Furcht Neu-Delhis, Kaschmir unter der Souveränität Pakistans werde sich zu einem "Sorgenherd" zwischen der Sowjetunion und Indien entwickeln.

Nehru sucht alles zu vermeiden, was Indien in die großen Verwicklungen der Weltpolitik hineinziehen könnte. Aus diesem Grunde fiel wahrscheinlich die Rede des Ministerpräsidenten vor dem indischen Parlament wenig dramatisch aus. Indien bemüht sich fieberhaft, die Dinge in Tibet nicht zu dramatisieren, was auch das Dummste wäre und außerdem das noch ungewisse Los des Dalai Lama erschweren könnte und Tibet wenig helfen würde.

Taktlos

-r. Dürfen Vertreter ausländischer Missionen, wenn sie um eine Stellungnahme gebeten werden, nicht mehr ungekürzt im Norddeutschen Rundfunk zu Worte kommen? Folgendes ist geschehen: Anlässlich des 20. Jahrestages der Besetzung der Tschechoslowakei durch Hitler wurde dem Chef der tschechoslowakischen Militärmission in West-Berlin, Dr. Miloslav Novák, Gelegenheit gegeben, über den Norddeutschen Rundfunk eine Erklärung über die Konsequenzen dieses historischen Ereignisses an die deutschen Hörer der Sendung "Blickpunkt Berlin" zu richten. Dr. Novák reichte dem NDR ein entsprechendes Manuskript ein. Was musste er aber erleben? Ohne sein Wissen wurde das Manuskript so erheblich gekürzt, dass lediglich die Argumente für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Deutschen übrig blieben, während der Teil der Erklärung, der die tschechische Sorge über die gegenwärtig noch gestörten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei ausdrückte, dem Zensurstift der politischen Redaktion zum Opfer fiel.

In dem Teil der Erklärung, die nicht veröffentlicht wurde, hiess es unter anderem, das tschechische Volk sei für den Abschluss eines Friedensvertrages, für den Abzug fremder Truppen aus Deutschland, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und für eine Teilnahme Prags an den bevorstehenden Konferenzen über die Deutschland-Frage.

Dies ist die offizielle Meinung der Prager Regierung. Man braucht sie nicht zu teilen, es gehört jedoch zur politischen Urteilsfindung, sie zu kennen. Genau das wollte aber der Norddeutsche Rundfunk nicht, und er lieferte damit das schlechte Beispiel einer Informationspolitik, die in einer Demokratie fehl am Platze ist.

Handelte die politische Redaktion des NDR aus eigenem Ermessen, oder erlag sie hier Einflüssen von aussen? Man weiss von früheren Gelegenheiten, dass dem offiziellen Bonn solche Sendungen missfallen und es mit Unmutsäusserungen nicht zurückhält. Der Bayerische Rundfunk, der vor einigen Monaten dem sowjetrussischen Botschafter in Bonn, Smirnow, zu Worte kommen liess, weiss davon ein Lied zu singen und auch das Deutsche Fernsehen, das sich den Zorn des auswärtigen Amtes und des Herrn Staatssekretärs Globke im Bundeskanzleramt zusog, weil es den Mut besass, ein Interview mit dem Ministerpräsidenten der algerischen Revolutionsregierung zu veröffentlichen.

Der Leiter der politischen Redaktion im Norddeutschen Rundfunk ist Herr W.G. Starke. Möglicherweise hat er von sich aus mehr als die Hälfte der Erklärung des Leiters der tschechoslowakischen Militärmission in West-Berlin unterschlagen, was wiederum nicht erstaunlich sein dürfte, gehört doch Herr Starke zu den Mitunterzeichnern des Manifestes "Rettet die Freiheit" ...

~ ~ ~